

1. Einleitung

Wenn die Politik die Kabinette und Parlamente verlässt, wandert sie nicht zwangsläufig in die Waffen und Fäuste. Ebenso sehr wird ›draußen‹ – auf Straßen und Plätzen, an Arbeitsorten, in strittigen Konsum- und Geschlechterverhältnissen – demonstriert, organisiert und boykottiert, gefordert, erklärt und verhandelt. Das Hauptmedium ist dabei wie im Parlament sprachlicher Austausch, verbunden mit weiterer, zumal bildlicher Zeichenpraxis. Er beschränkt sich nur selten auf schlichte Funktionen wie die, massenhaft Menschen an einem Ort zu versammeln. Meistens bringt er zugleich zum Ausdruck, was überhaupt auf dem Spiel steht, die Ordnung des Zusammenlebens, ihre Probleme und Alternativen. Wer das Politische in allen seinen Streuungen und Verzweigungen (also auch jenseits befugter Instanzen oder des mutmaßlich entscheidenden Ernstfalls) begreifen will, sollte den Strukturen und Verlaufslogiken dieses Sprachgebrauchs nachgehen. So wird es unter anderem leichter, trotz postdemokratischer Trends in den Institutionen weiterhin Chancen politischer Massenaktivität zu erkennen – denn sprachliche Auseinandersetzung ist nicht an formale Verfahren gebunden.

Wie wichtig verschiedene Weisen des Sprachgebrauchs für politische Weichenstellungen und Gestaltungschancen sind, lässt sich ebenso leicht unterschätzen wie überschätzen. Einerseits ist nicht ohne Weiteres sichtbar, inwiefern wir erst sprachlich einen Bereich öffentlicher Angelegenheiten herstellen, Probleme und ihre mögliche Lösung verhandelbar machen, Deutungsmacht für die eigene Seite gewinnen und die Gegenpartei an den Rand drängen – bereits der Gebrauch des Worts ›wir‹ strukturiert den fraglichen Handlungsraum. Andererseits liegt die Pointe politischen Handelns typisch jenseits der Worte: in der Verfügung über Handlungen anderer, Gewalt- und Lebensmittel, in geteilten oder gegnerischen Interessen und Einstellun-

gen. Nichts davon ist vorsprachlich gegeben, vieles hängt jedoch nicht nur oder nicht vorrangig davon ab, wie man sich sprachlich äußert – nicht einmal die Chance, strittige Äußerungen zu verbreiten. Ich mag, wenn ich von »uns« rede, das deutsche Volk, alle Aufgeklärten oder die akademischen Intellektuellen ansprechen, im Zweifelsfall gibt erst die Volksvertretung dem Anspruch Gewicht, wird er durch eine gewaltbereite Religion eingeschüchtert oder durch die Sonderinteressen der Professoren geschwächt. Um die Bedeutung und die Wirkungsgrenzen politischen Sprachgebrauchs aufzuklären, lohnt es, eben solche Konfliktfälle zu untersuchen. Man kann dann sowohl rekonstruieren, wie Sprachverwendungen auf nicht bloß sprachliche Weise geregelt, bekämpft oder durchgesetzt werden, als auch ausloten, was Erfolg im Streit um den Zeichengebrauch in den Ordnungen des Zusammenlebens ändert. Dieser doppelten Frage geht die vorliegende Studie mit sprachphilosophischen Mitteln nach.

Sie kann sich dabei auf verschiedene Arbeiten stützen, die in den 1980er Jahren einsetzen und erst jüngst eine Renaissance hatten; eine gleich zu erläuternde Unzufriedenheit mit diesen thematisch aktuell gebliebenen, nur unnötig aufgeblasenen Arbeiten war sogar mein treibendes Untersuchungsmotiv. Wenn Jean-François Lyotard (1983) von Widerstreit (*différend*) spricht, Jacques Rancière (1995) dagegen seine Konzeption des Unvernehmens (*mésentente*) stellt, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1985) parallel eine Diskurstheorie von Antagonismen und Hegemonie erarbeiten, stehen durchgängig die eben umrissenen Figuren zur Debatte: die Verbindung von Sprachgebrauch und Durchsetzungshandeln sowie eine anarchische Politik, die auch abseits ausgewiesener Themen und zuständiger Institutionen, möglicherweise an jedem Punkt des Zusammenlebens ausbrechen kann. Sieht man sich weiter um, kommen rasch verwandte Ansätze in den Blick: nicht nur poststrukturalistische Vorläufer wie Foucault oder Derrida, begrenzte Beiträge wie die Diskussion politischer Sprechakte bei Bourdieu oder Butler sowie sprachphilosophisch schwächere Varianten von Lefort bis Žižek, sondern auch Bestände der sprachpragmatischen Tradition, auf die sich fast alle genannten Autoren stützen. Lyotard, Mouffe und Laclau schließen betont an Wittgenstein an, Bourdieu und Butler beziehen sich kritisch auf Austin, Rancière setzt sich mit einiger Mühe von Habermas ab. Der Grund für die Rückbezüge liegt auf der Hand: Die ältere, von England ausgehende Tradition hat erstmals pointiert sprachliche Äußerungen als Handeln begriffen. Weniger klar ist, ob man sie gerade im Zeichen

des Widerstreits beerben kann. Von Wittgenstein bis zu neueren Ausläufern wie Robert Brandom oder John Searles Sozialtheorie steht vielmehr eine einheitlich handelnde Sprachgemeinschaft bzw. eine gefestigte institutionelle Ordnung im Zentrum des Interesses. Man kann sogar vermuten, dass die Regularität des sprachlich Üblichen, die Anerkanntheit von Normen und Autoritäten unverzichtbar sind, um Sinngefüge aus Handlungsmustern zu erklären. Figuren wie Walter B. Gallie, der philosophisch »essentially contested concepts« (1956) erschlossen hat, wurden jedenfalls nie in die sprachpragmatische Tradition aufgenommen. Das lässt vermuten, dass sich zwischen dieser Tradition und ihrer französisch geprägten Relektüre eine noch nicht begriffene Umorientierung vollzogen hat. Und es legt den theoretischen Versuch nahe, die scharfen, gut abgesicherten Argumente von Wittgenstein, Austin und ihrer Nachfolge so zu erweitern, dass sie ernsthaft für die Analyse sprachlich-politischen Widerstreits nutzbar werden.

Weshalb dies auch für die andere Seite sinnvoll sein wird, kann eine Aufschlüsselung des bisher nur erwähnten Unbehagens an den Theorien von Lyotard bis Rancière deutlich machen. Sie halten ihre Aussagen nicht nur nicht methodisch begrenzt, sondern scheinen um maximale Behauptungsweite zu wetteifern. So ergeben sich Thesen, die unmittelbar als übertrieben erkennbar sind. Mit wenig Stilisierung lassen sich etwa die folgenden vier Belege auflisten (die ich der Einfachheit halber gleich mit den zuerst genannten Autoren belege):

1. *Alle Politik ist ein Kampf um Zeichenverwendung.* Diese Annahme setzt Lyotard, wie sich zeigen wird, schlicht voraus, indem er politische Angelegenheiten prinzipiell als Konflikt von Äußerungsregeln und »Diskursarten« thematisiert. Laclau und Mouffe leiten sie aus der Einsicht ab, dass alles soziale Handeln symbolisch verfasst (bzw. »diskursiv«) ist. In ihren Folgerungen differenzieren sie diesen Grundsatz kaum; sie unterscheiden nicht einmal direkt folgenreiches Sprachhandeln (z.B. in Tauschakten oder Gesetzgebung) von sprachlichen Bezugnahmen darauf (z.B. in Zeitungen oder Gesellschaftstheorie).¹ So zeigt sich ihnen überall der Versuch, potenziell

1 Die These und ihre Konsequenzen lassen sich gut dem knappen Grundsatz entnehmen: »Our analysis resists the distinction between discursive and non-discursive practices.« (Laclau/Mouffe 1985, 107)

flottierende Signifikanten oder ›Elemente‹ in eine Ordnung zu bringen, und Konflikte erscheinen nur in Gestalt gegnerischer Zeichenverknüpfungen.² Die Alternative liegt nahe: Man kann Zeichengebrauch als einen nicht immer zentralen Aspekt von Handlungsketten sehen, in denen zugleich auch Körper und Dinge bewegt, Instrumente eingesetzt, Bedürfnisse befriedigt, Furcht und Begehren mobilisiert werden.

2. *Nur symbolisches Handeln an den Grenzen des Verstehens ist echte Politik.* Diese Annahme folgt aus der ersten bzw. macht sie prägnanter: Politische Praxis ist nur effektiv, wenn sie die Ordnungen des Zeichengebrauchs angreift, also Verständigung aus den gewohnten Bahnen wirft. Bei Lyotard, Mouffe und Laclau ist zentral, dass der Widerstreit oder Antagonismus die stetige Abfolge der Sprachhandlungen unterbricht oder Bedeutungsgefüge aufbricht. Rancière richtet bereits seinen Titel »mésentente« auf Nicht- oder Missverstehen aus und macht deutlich, dass allein dies (genauer: der störende Anspruch bislang Beherrscher auf Mitsprache) Politik von bloßer ›Polizei‹ oder Ordnungsverwaltung abhebt.³ Eine Alternative wäre hier, politischen Streit auch im Medium unstrittig verständli-

2 Die angenommene »vast area of floating elements« und ihre immer neue »articulation to opposite camps« (ebd., 136) bedingen daher einen unabschließbaren Kampf um die Objektivität der ›Gesellschaft‹: »If the social does not manage to fix itself in the intelligible and instituted forms of a *society*, the social only exists, however, as an effort to construct that impossible object.« (112; vgl. dazu unten Kap. 6.3)

3 Rancière formuliert dies gern mathematisch: »La politique, c'est [...] le rapport entre des parties et des titres dont l'addition est toujours inégale au tout.« / »Die Politik, das ist [...] das Verhältnis zwischen den Teilen, die nur Parteien und Ansprüche sind, deren Zusammenrechnung immer ungleich dem Ganzen ist.« (Rancière 1995/2002, 27/34f.) Die ›Polizei‹ bezieht er dagegen pointiert auf Verständlichkeit: »La police est [...] un ordre du visible et du dicible qui fait que telle activité est visible et que l'autre ne l'est pas, que telle parole es entendue comme discours et telle autre comme du bruit.« / »Die Polizei ist [...] eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm.« (Ebd., 52/41)

cher Sprache zu sehen – etwa wenn mit klaren Worten über drastische Reichensteuern verhandelt wird.

3. *Der politische Konflikt kann unkalkulierbar in jeder Kommunikation ausbrechen.* In diesem Sinn ist für Lyotard alles politisch, da immer in Frage steht, ob symbolisches Handeln im zunächst angebahnten Sinn fortgesetzt wird,⁴ ob jemand also z.B. ein Kaufangebot nicht als religiöse Beleidigung aufnimmt. Auch Rancière, Laclau und Mouffe behaupten zumindest die allgegenwärtige Möglichkeit von Politik. Eine Alternative ist hier weniger einfach zu formulieren; sie hängt davon ab, wann man Politik und nicht bloß Verständigungsstörungen oder private Streitigkeiten feststellt. Absehbar ist jedoch, dass die Bedingungen für erstere deutlich anspruchsvoller sein werden als die für die letzteren.
4. *Unser gesamtes Weltverhältnis fußt auf dem politisch-symbolischen Streit.* Dieser Punkt schließt nicht zwingend an die vorigen an, wird aber häufig vertreten; manifest ist er in Schriften Laclaus und Explikationen Oliver Marcharts, die eine »politische Ontologie« anstreben. Für sie können die Ordnungen der Gesellschaft und der Bedeutung nicht nur überall durch antagonistische Zeichenpraxis erschüttert werden, behauptet wird zudem, dass sie auf einen »ursprünglichen und später in Vergessenheit geratenen Gründungsmoment, d. h. auf *das Politische* zurückgehen« (Marchart 2010, 298f). Hiergegen kann man annehmen, dass wir Wirklichkeit ständig in einer Vielzahl lose verbundener Handlungsweisen erschließen, die etwa auch auf Naturbeherrschung, Wettbewerbserfolge oder Vergnügen ausgerichtet sind, nicht immer und ultimativ auf politische Auseinandersetzung oder Entscheidung.

Alles dies ließe sich erheblich genauer ausführen. Mir scheinen die umrissenen Alternativen jedoch so klar im Recht zu sein, dass ich die genannten allgemeinen Ansprüche nicht eigens diskutieren will (und erst gegen Ende

4 »Tout est politique si politique est la possibilité du différend à l'occasion du moindre enchaînement.« / »Alles ist Politik, wenn Politik in der Möglichkeit des Widerstreits bei der geringfügigsten Verkettung besteht.« (Lyotard 1983/1989, N° 192). Ob das »wenn« dabei eine Einschränkung andeutet, wird später zu diskutieren sein.

der Studie, in Kapitel 6.3 überhaupt näher auf Lyotard, Laclau/Mouffe und Rancière eingehen werde). Stattdessen will ich direkt prüfen, ob sich ihr Übertreibungscharakter abbauen lässt und ob man so auf markante Kernthesen stößt.

Dazu bietet sich eine recht einfache Strategie an: Die rekonstruierten Universalaussagen und Definitionen lassen sich problemlos in Existenzaussagen umformen. Statt »Alle Politik ist ...« oder »Nur ... ist wirklich politisch« müsste es dann heißen: *Es gibt* politisch relevante Weisen des Sprachgebrauchs (und sonstiger Zeichenverwendung), die Verständigungsregeln brechen und Verstehensmuster in Frage stellen; ihre Ausgangsbedingungen sind nicht von vornherein klar bzw. festgelegt, und im Effekt können sie bislang herrschende Weltverhältnisse ändern. *Wenn* es dieses Phänomen gibt – die weitere Diskussion wird auf einige Beispiele führen –, ist es bemerkenswert genug, um seine Bedingungen zu analysieren und seine mögliche politische Bedeutung herauszuarbeiten.

Bemerkenswert scheinen mir vor allem ein epistemologisches Ärgernis und eine praktische Aussicht. Einerseits erweist sich der fragliche Zeichengebrauch als irreduzibel parteilich, spaltet also die Sprachgemeinschaft, andererseits kann er ansonsten zerstreute Gruppen und Einzelne ohne großen Ressourcen- und Organisationsbedarf auf ein gemeinsames Projekt, vom Umweltschutz bis zum Klassenkampf ausrichten. Für beide Aspekte werde ich (ausgehend von Wittgenstein und der Sprechaktlehre) ein eigenes theoretisches Vokabular entwickeln; einführend lassen sie sich mit recht konventionellen Mitteln erläutern.

Semantische Parteilichkeit lässt sich nicht zuletzt an den historischen und kulturellen Grenzen des Verstehens aufweisen, die man jenseits von Kenntnis- und Meinungsdifferenzen bemerkt hat. Auf solche Differenzen scheinen die bereits genannten Phänomene sprachlich-politischen Streits ja zunächst reduzierbar zu sein: Fälle, in denen bestimmte Ansichten unterdrückt oder propagiert werden, Streitigkeiten um so oder anders mögliche Einrichtungen, schließlich ein politisch gefärbter Sprachgebrauch, etwa wenn von »Werten« oder »Klassen« die Rede ist. In alledem liegt prima facie noch kein Verständnisproblem – und höchstens im letzten Fall ein gewisser Bruch der Verständigungsregeln. Dieser Bruch kann jedoch tiefer gehen, und er wird auffällig, wo man auf unvertraute, nicht ohne Weiteres übersetzbare Weisen der Weltordnung stößt. Angesichts ihrer Fremdheit hat etwa John Pocock gefordert, die Geschichte politischen Denkens nicht

unmittelbar als Reservoir philosophischer Denkmöglichkeiten zu behandeln. Für eine ernsthaft geschichtliche Sichtweise vergleicht er sie stattdessen mit der Abfolge wissenschaftlicher Paradigmen im Sinne Kuhns. Hier wie dort lassen herrschende »language systems« und die »authority-structures« der Sprechenden nur bestimmte Probleme erkennen (Pocock 1971, 15);⁵ andere werden erst nach einer wissenschaftlichen oder (mindestens) kulturellen Revolution verhandelbar. Daher fällt es uns schwer, vor-moderne Naturlehren oder den Bürgerstatus vor der repräsentativen Demokratie zu verstehen. Pocock sieht jedoch auch Unterschiede zwischen Wissenschaft und Politik. Die letztere hat kein verbindendes Anliegen (»single purpose«) wie Erkenntnissuche und produziert daher eine gleichzeitige Vielfalt von Sprechweisen, die sich zudem überlagern: »the paradigmatic functions to be found in political speech are multiple, simultaneously present and so imperfectly distinguished that it is by nature multivalent« (ebd., 28). Wer dieses Knäuel entwirren will, kann sich nun, wie eher am Rand erwähnt wird, nicht einmal auf die Klärungsversuche im untersuchten Feld verlassen – denn sie sind zugleich Akte im laufenden Deutungskampf: »Whether the intellectual has specialized in the clarification of speech itself, or in one or the other of the abstract crafts to which clarification gives rise, his increasingly rarefied diction continues to perform political functions; since the paradigms of his discourse [...] inescapably recommend (even if only by emphasizing) this or that deployment of speech, and so this or that definition and ascription of authority.« (20) Insgesamt lässt sich damit (oder auch mit verwandten Reflexionen Reinhart Kosellecks, 1977) sagen: Die Erforschung politischer Sprach- und Verständnismuster wird heikel, sobald sie sich gegeneinander durchzusetzen versuchen; entweder bestätigt man dann nachträglich eine Seite, oder man muss sich mit großer Vieldeutigkeit und Vagheit zufrieden geben. Eine nicht bloß geschichtliche Version des Problems wird in Gestalt umstrittener Begriffe zu untersuchen sein, die Verwendungsdifferenzen gleichsam bündeln.

Die Verständigungs- und Verständnisprobleme sind bereits im umrissenen Kontext historischer Semantik offenkundig vielfältig. Ein erster Ver-

5 Pocock bestimmt die Funktion eines Paradigmas dabei recht umfassend: »It invokes values, summarizes information, it suppresses the inconvenient, [...] prescribing an authority-structure in the act of performing an intellectual (or linguistic) function.« (Pocock 1971, 25)

such, sie systematisch zu fassen, kann zugleich zeigen, inwiefern es hilfreich ist, »sprachpragmatisch« sowohl thematisierte Handlungszusammenhänge als auch Situationen sprachlichen Handelns in den Blick zu nehmen. Für bestimmte problematische Sprachverwendungen – etwa von »Demokratie« und »demokratisch« – lassen sich so zwei wesentliche Verständigungshemmnisse unterscheiden:

- a) Das Spektrum thematischer Handlungsmuster ist einem nicht (mehr) vertraut oder im Äußerungs- und Rezeptionskontext verschieden gelagert.
- b) Man ist aus praktischen Motiven und mit praktischen Konsequenzen nicht bereit, an den angebotenen Sprachgebrauch anzuschließen.

Fall a) ist gegeben, wenn wir zu verstehen versuchen, in welchem Sinn Einrichtungen der antiken Stadtstaaten demokratisch hießen und inwiefern Aristoteles den Begriff abwertend gebraucht, was Tocqueville mit der »Demokratie in Amerika« meint und ob er damit das Selbstverständnis der amerikanischen Bürger traf. Wir müssen uns dann zunächst Praktiken wie Ämterauslösung und traditionsarme kommunale Selbstverwaltung erschließen, um den Sprachgebrauch nachzuvollziehen. Die zu befragenden Autoren und Handelnden befanden sich jedoch, wie Pocock zurecht bemerkt, auch in der Situation b): Aristoteles ergreift Partei, wenn er die Demokratie in die Reihe der schlechten Verfassungen stellt, Tocqueville bietet eine starke Deutung an, wenn er sie als Alternative zu den gewachsenen Ungleichheiten Europas sieht. Die sprachpragmatische Perspektive erlaubt weitere Schlüsse. Zunächst lenkt sie den Blick darauf, dass der operative Sprachgebrauch, an den solche Begriffsreflexionen anschließen, oft funktional eingebunden ist: Demokratische oder undemokratische Umtriebe können z.B. verfolgt werden. Doch auch wo die Kontexte nicht so hart und klar sind, sind die Sprachsubjekte als Handelnde gefragt. Sie haben grundsätzlich die Wahl, ob sie einfach an den Sprachgebrauch anderer anschließen, Irritationen äußern, das Gespräch verweigern oder sonst praktisch reagieren. Schon im zweiten und dritten Fall – »Das nennst du demokratisch?« oder: »Dieses Unsinnswort verwende ich nicht« – ist die Verständigung sichtlich gestört. Wenn sich die Störung in weiterer praktischer Abwehr äußert, wird sie konflikthaft: Wer diese Sprache führt, wird von mir nur noch belächelt, keinesfalls gewählt, nicht eingestellt, boykottiert, angezeigt oder bedroht; im Ge-

genzug sind alle Formen unterstützenden Handelns möglich. Beides kann, wo es verbreitet stattfindet, schließlich umfassende Konsequenzen haben: eine dauerhafte Aufspaltung der Sprach-Handlungsgemeinschaft in gegnerische Lager (die Laclau und Mouffe ›Antagonismus‹ nennen) oder die zunehmende Marginalisierung eines Sprachgebrauchs, in deren Folge er schließlich wirklich nicht mehr verstanden wird. (Losen gilt z.B. in der modernen Welt kaum mehr als demokratisch, und Max Webers Idee einer ›plebiszitären Führerdemokratie‹ muss man heute ausführlich erläutern.)

Dieses aktive Nichtverstehen, das aus verschiedenen Formen der Nichtakzeptanz hervorgeht und im Zweifelsfall auf Unverständlichmachen (bzw. die Durchsetzung neuer und anderer Verständnismuster) ausgerichtet ist, soll hier im Zentrum stehen. Neben mehr oder minder gezielten Versuchen, der Gegenseite die Möglichkeiten verständlichen Ausdrucks zu nehmen, gehören dazu alle Handlungsweisen, in denen man mit Zeichen, die der Verständigung dienen könnten, vorrangig symbolische Präsenz entfaltet und die anderer Positionen und Gruppen zurückdrängt. Beispiele sind die Besetzung alltäglicher oder prominenter symbolischer Muster (Hammer, Sichel, gesunde Körper und blühende Landschaften, Worte wie ›Volk‹ oder ›Nachhaltigkeit‹), die erwähnten parteilichen Begriffe und Slogans, Relevanzeinschätzungen (etwa durch Betroffenen- und Teilnehmerzahlen), aber auch Akte der Subversion, Diskriminierung, Beleidigung und gegenoffiziellen Beifalls.

Selbst wenn sich Strukturen des Widerstreits in einem so erweiterten Spektrum symbolischer und ideologischer Phänomene freilegen lassen, bleibt allerdings fraglich, ob sie ein politisches Eigengewicht haben oder bloß Kämpfe um Verfügungsmacht begleiten. Für das Eigengewicht sprechen drei allgemeine Argumente: Symbolpolitischer Streit kann mikropolitisch höchst variabel ansetzen, er ist entscheidend für die Formierung handlungsfähiger Gruppen, und er kann dauerhaft den Horizont kollektiven Handelns verschieben.

Das erste Argument fasst nur zusammen, was bereits beispielhaft ausgeführt wurde: Zeichenverwendungen ändern, ablehnen oder negativ auf sie reagieren kann jede, wenn auch nicht immer ungestraft; sobald dies mehrere konsequent tun, bilden sich Fronten, an denen Terraingewinne möglich sind; dank ihrer symbolischen Medien können sich Zeichenkonflikte schließlich schnell ausbreiten und öffentlich wahrgenommen werden. Bereits die gewöhnliche Durchsetzung herrschender Diskurse gegen Wider-

stände schließt solche Konflikte ein, und nicht selten bleibt länger offen, welche Seite gewinnt.

Beispiele wie der Streit um geschlechtergerechte Sprache, Muster und Häufigkeit rassistischer Diskriminierung, verächtlich gemachte oder offensiv auftretende Homosexualität zeigen, dass es dabei nicht zuletzt um den öffentlichen Status von Gruppen geht. Das zweite Argument geht (mit Rancière) davon aus, dass solche Gruppen oft erst als solche agieren können, wenn sie gegen symbolische Regelungen auftreten, die ihnen eine öffentliche Stimme verweigern. Nicht wahlberechtigte Frauen, unterprivilegierte Farbige und abhängig Arbeitende müssen der eingespielten symbolischen Praxis im Zweifelsfall eine neue entgegensetzen bzw. sich ihre Abgeordneten, Äußerungsrechte oder Betriebsräte erkämpfen. Später (in 6.3) werde ich ergänzen, dass die Überschreitung befugter Sprecherpositionen nicht nur eine Strategie der Benachteiligten ist – was dann umso mehr dafür spräche, den Bruch symbolischer Ordnungen als politisch elementar zu begreifen.

So oder so bleibt drittens festzuhalten, dass politische Ziele nur innerhalb solcher Ordnungen denkbar sind. Ob ›Wachstum‹, ›soziale Gerechtigkeit‹ oder ›Nachhaltigkeit‹ ganz oben auf der politischen Tagesordnung steht (oder sogar als alternativlos gilt) und was die Begriffe jeweils bedeuten, wird in einer unabschließbaren Serie symbolischer Auseinandersetzungen stets wieder neu ermittelt. Selbst wenn am Ende Interessen und Machtressourcen bestimmen, wo die zu regelnden Probleme liegen, müssen sie diesen Umweg nehmen. Und gerade wenn nichtsymbolische Mittel genutzt werden, um die symbolische Situation zu verschieben, ist der Deutungskampf als praktischer Konflikt analysierbar. Man kann dann – vielleicht nicht mit Mouffe und Laclau, aber mit ihrem Stichwortgeber Antonio Gramsci – auch von Kämpfen um Hegemonie sprechen.⁶

Die folgenden Analysen zielen darauf, solche Formen, Aspekte und Ebenen antagonistischen Sprachgebrauchs durchsichtig zu machen und zu

6 Auf Gramscis Begriff der Hegemonie werde ich wiederholt zurückgreifen. Er bezeichnet Vorherrschaft oder Führung im Bereich der gesellschaftlichen Selbstdeutungen, die für politische Zustimmung relevant sind. Die Äußerungen Gramscis dazu sind über seine posthum veröffentlichten Gefängnishefte (1975-1977, dt. 1991-2006) verstreut; vgl. für zusammenfassende Darstellungen Anderson 1976, Haug 2005 und Reitz 2008.

sortieren. Der Weg, auf dem das geschehen soll, ähnelt strukturell der eben vorgehend durchgeführten Argumentation. Den Ausgangspunkt bildet ein auffälliges Phänomen kognitiver Dissonanz, dessen Analyse stabil auf politisch-pragmatische Kämpfe führt: die ›essentially contested concepts‹ (Kapitel 3). Um mein Resultat allgemeiner zu fassen, entwickle ich dann (ausgehend von Wittgenstein, ergänzt durch Mittel Brandoms und Searles) ein begriffliches Grundgerüst, das widerstreitende Sprachhandlungsweisen zu unterscheiden und ihren Zusammenhang abstrakt nachzuvollziehen erlaubt (Kapitel 4). Damit sollte das interessierende Phänomen grundsätzlich beschrieben sein; im Weiteren steht seine Erklärung und funktionale Verortung zur Debatte. Eine Zwischenbetrachtung zeigt, wie man von der erschlossenen Grundlage *nicht* zu einer umfassenden Konflikttheorie kommt: indem man auf Dispositionen der beteiligten Individuen zurückgeht (was etwa Pierre Bourdieu und Judith Butler versucht haben, Kapitel 5). Im letzten Schritt widme ich mich dem alternativen, in meinen Augen angemessenen Ansatz, widerstreitende sprachliche Handlungen unmittelbar als eine besondere soziale – bzw. politisch bedeutsame – Praxis zu begreifen, wobei ich mich stark auf Lyotard stütze und ergänzend Rancière, Mouffe und Laclau hinzuziehe (Kapitel 6). Knapp gesagt geht die Reise von der Semantik über die Pragmatik zur Gesellschaftstheorie. Vorangestellt ist ihr eine Bemerkung zum Begriff des Politischen bzw. der Politik – mir scheint hier keine Unterscheidung nötig –, die mögliche Verständnisbarrieren abbauen soll (Kapitel 2). Auch in Zeiten spontaner Massenproteste und dezentralisierter Kommunikation, globaler Wirtschaftsmacht und neu ausbrechender sozialer Konflikte dürfte es ja keineswegs selbstverständlich sein, Politik nicht allein in Staatsangelegenheiten zu sehen.

Abgesehen von gelegentlichen Ausgriffen auf diesen Horizont ist mein Vorgehen in allen Teilen stark theoretisch. Es ist auf keine bestimmte geschichtlich-gesellschaftliche Situation zugeschnitten, und mein Arbeitsmaterial bilden mehrheitlich bereits bestehende Theorien. Ihr sensibles Instrumentarium wird, einer methodischen Idee Wittgensteins folgend, so lange auf das bezogen, was wir ohne weitere empirische Forschung über unsere Praxis wissen können, bis es sich Dellen und Beulen holt, Reparaturen nötig sind und man Ersatzteile suchen muss. Die gewonnenen bzw. übrig bleibenden Aussagen erfüllen dann, anders als etwa bei Wittgenstein, klassische Theorieaufgaben: Sie sollen Unstimmigkeiten im Bereich gesellschaftlicher Selbstbeschreibung *erklären*, zeichenpraktische Auseinander-

setzungen so *beschreiben*, dass ihre politische Rolle erkennbar wird, und schließlich die Muster solcher politisch-symbolischen Ordnungsbrüche *typisierend erfassen*. Die erwünschten Ergebnisse liegen damit zwischen philosophischer Analyse und elementarer Gesellschaftstheorie. Wichtiger als die disziplinäre Zuordnung ist mir der Versuch, eine bisher nur schief und vage begriffene Dimension des Zusammenlebens mit möglichst einfachen, durchsichtigen Mitteln zu analysieren. Durch den dabei gewählten Abstraktionsgrad werde ich auch nur begrenzt in die Verlegenheit kommen, mit theoretischen Entscheidungen zugleich politische Position zu beziehen. Allenfalls wird sich ab und zu eine anarchistische und materialistische Haltung abzeichnen – oder das Interesse an einer Politik, die nicht durch den möglichen Einsatz von Gewalt, sondern durch mögliche Effekte sozialer Umwälzung bestimmt ist.